

newsticker

GEGEN GAS-VERTRAG

Bern Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) zeigt sich «bestürzt und sehr enttäuscht» über den Abschluss des Gaslieferungsvertrages zwischen der Schweiz und dem Iran. Die Schweiz missachte damit den Sinn der UNO-Sanktionen gegen Teheran.

GEGEN «ZWEIKLASSEN-MEDIZIN»

Bern Die Agile Behinderten-Selbsthilfe Schweiz ist gegen die neue Verfassungsgrundlage für die Krankenversicherung. In einer Mitteilung fordert sie die Bevölkerung auf, an der Abstimmung vom kommenden 1. Juni ein Nein in die Urne zu legen.

SUPER «HÜTTEN-JAHR»

Bern Der Schweizer Alpen-Club (SAC) hat mit rund 332'000 Übernachtungen im vergangenen Jahr sein zweitbestes «Hüttenjahr» verbucht. Die 153 SAC-Hütten erzielten einen Umsatz von rund 23 Millionen Franken. Nur im Jahr 2003 nahm die Hütten noch mehr Geld ein.

PORTAL IMMER BELIEBTER

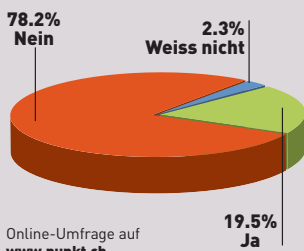
Bern Das Schweizer Internetportal www.ch.ch stösst auf zunehmendes Interesse: Die Zahl der monatlichen Besuche verdoppelte sich 2007 gegenüber dem Vorjahr auf knapp 360'000. Wegen neuen Angeboten erhöhten sich die Betriebskosten auf 1,139 Millionen Franken.

BEI DEUTSCHEN BELIEBT

Zürich 43 Prozent der Deutschen könnte sich einen Umzug in die Schweiz vorstellen. Dies ergab eine Umfrage des Internet-Vergleichsdienstes Comparis unter 1000 über 18-Jährigen Erwerbstätigen in Deutschland, wie die Nachrichtenagentur AP gestern berichtete. (das)

votingdestages

Sollen Kinder schon ab vier Jahren den ganzen Tag zur Schule gehen?



SBB Cargo Streikende wollen Geld vom Bund

Von Lukas Mäder

Die SBB und die Streikenden stehen sich unversöhnlich gegenüber. Die Politik soll helfen – mit Geld oder mit einem Mediator.



Bundesrat Leuenberger. Key

Die Bemühungen um einen runden Tisch seien gescheitert, sagte Bundesrat Moritz Leuenberger gestern. Das Angebot bleibe zwar bestehen, aber Voraussetzung sei weiterhin ein Ende des Streiks im Tessin.

Ein solches ist nicht in Sicht: Die SBB-Angestellten in Bellinzona beschlossen gestern, den Streik fortzuführen. Die Auswirkungen werden sie Ende April spüren.

Dann ziehen die SBB ihnen die Streiktage vom Lohn ab.

Die Streikenden appellierten gestern an die Politik, im Arbeitskampf zu intervenieren. Die Eisenbahn-Gewerkschaft SEV denkt dabei nicht an Gespräche. Sie fordert Staatsgelder: Die Tessiner Wirtschaftsförderung oder der Bund sollen Investitionsgarantien abgeben. «Es geht um Regionalpolitik», sagt

SEV-Sprecher Peter Moor. Ein Mediator sei zwar nötig, aber nicht vordringlich.

Absage an Mediation

Der mögliche Mediator des runden Tisches, Franz Steinegger, ist skeptisch. Er übernehme diese Aufgabe nur, wenn beide Seiten Flexibilität signalisierten, sagt der ehemalige FDP-Präsident. «Danach sieht es zur Zeit nicht aus.»

Nicht zur Verfügung steht auch Marco Solari, der die Gespräche am Osterwochenende moderiert hatte. Dem Präsidenten des Filmfestivals Locarno fehle dafür Zeit und Energie.

Die SBB wollen nur verhandeln, wenn die Gewerkschaften keine Vorbedingungen stellen. «Wir haben bereits mehrfach grosse Schritte getan», sagt Spre-



SVP-Parteipräsident Toni Brunner (Mitte): Den «Niedergang der Volksschule» stoppen. Bild: Keystone

SVP kämpft gegen Schulpflicht für Vierjährige

Die SVP bläst zum Kampf gegen die Kantone: Mit Referenden in möglichst vielen Ständen will sie die geplante Harmonisierung der kantonalen Schulen verhindern. Der «Niedergang der Volksschule» müsse gestoppt werden, sagte Parteipräsident Toni Brunner gestern in Bern.

Für Referendum

Die Bildungsdirektoren der Kantone haben im letzten Sommer mit dem sogenann-

ten HarmoS-Konkordat entschieden, dass sich alle Volksschulen künftig an gemeinsame Eckwerte halten sollen. Die SVP ist dagegen, weil HarmoS die Schulpflicht für Kinder ab vier Jahren sowie die Einführung von obligatorischen Tagesschulen vorsieht.

Um diese Pläne abzuwenden, will die SVP nun in möglichst vielen Kantonen das Referendum ergreifen oder bereits beschlossene Referenden koordinieren.

St. Gallen dürfte der nächste Kanton sein, in dem der Kampf gegen HarmoS aktuell wird: «Wir haben das Referendum bereits beschlossen», erklärt SVP-Nationalrat Lukas Reimann auf Anfrage.

Eine Gruppe aus SVP-Kantonsräten, Mitgliedern der Jungen SVP sowie interessierten Eltern hätten den Beschluss vor einigen Tagen gefasst. «Nun geht es noch darum, wer die Federführung übernimmt», so Rei-

mann. Im Kanton Luzern hat im Februar das SVP-nahe Komitee «HarmoS ist nicht harmlos» das Referendum gegen die Schulreform mit der notwendigen Anzahl Unterschriften eingereicht.

Mindestens zehn

Im Thurgau findet zur Zeit die Unterschriftensammlung für ein Referendum statt. HarmoS kann nur in Kraft treten, wenn mindestens zehn Kantone mitmachen. David Schaffner, sda